

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

41. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 11. Juni 1903.

№ 66.

### Zum Wiener „Falle“.

Das Vorgehen des Wiener Zeitungsdruckerklubs gegen die dortigen deutschen Maschinensetzer findet überall in deutschen Kollegenkreisen entschiedenste Verurteilung. So beschickte sich jüngst eine Versammlung des Brandenburgischen Maschinensetzervereins mit dieser Angelegenheit wie folgt:

Einen längeren Raum in der Versammlung nahm die Wiener Angelegenheit ein. Aus der Besprechung ging hervor, daß nach diesem terroristischen Vorgehen der Wiener Kollegen die Aufhebung der Gegenseitigkeit ganz selbstverständlich sein müsse. Zur Illustration der Sache sei noch mitgeteilt, daß Herr R. Pantner, Vertrauensmann in der „Zeit“, der sich in diesem Kampfe große Lorbeeren erworben haben soll, im Jahre 1891/92 in Berlin bei der Firma Günstiger & Sohn als Streifenbrecher gestanden hat. Und solche Leute nennen brave deutsche Kollegen Haberklumpen und dergleichen. Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige, sehr zahlreich besuchte Versammlung des Brandenburgischen Maschinensetzervereins spricht den deutschen Kollegen ihre Sympathie aus und protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die den deutschen Maschinensetzern in ihrer Gesamtheit angebotenen Veleidigungen. Die deutschen Maschinensetzer geben den österreichischen Machthabern, welche die „internationale Solidarität“ in einer so eigenartigen Weise betätigen, auf, nach einem geeigneten Namen für diejenigen österreichischen Setzer zu suchen, die im Jahre 1891/92 unsere Bewegung zu schanden machten und in diesem Kampfe an der Spitze standen (Pantner).

Ferner gehen uns folgende Korrespondenzen zu:

**Opatowitz.** Der hiesige Ortsverein beschloß in seiner Versammlung vom 6. Juni, nach Erledigung der sonst vorliegenden Punkte, daß angesichts der aller Kollegalität und Internationalität hohen sprechenden Vorkommnisse in Wien alle bisherige brüderliche Unterstützung an durchreisende österreichische Buchdrucker wegfällt, und gab gleichzeitig der Erwartung Ausdruck, daß der Zentralvorstand in Konsequenz obiger Vorkommnisse die Gegenseitigkeit aufhebt.

**Zwidau.** Die am 6. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung beschickte sich u. a. auch mit dem Vorgehen des Wiener Zeitungsdruckerklubs gegen die in Wien konfessionierenden deutschen Maschinensetzer. Das Gebaren der Wiener Kollegen wurde sehr kritisiert und folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Verbandsmitgliederversammlung von Zwidau nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem unkollegialen Gebaren des Wiener Zeitungsdruckerklubs bzw. des Personales der Wiener Zeit gegenüber den deutschen in Wien konfessionierenden Maschinensetzern, daß ein Faustschlag ist auf jede kollegialische Solidarität. Diese Handlungsweise erfordert das energischste Eingreifen unseres Zentralvorstandes.

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Ein Beitrag zur Genese der „Schwab'n-Pak" in Wien. Jeden deutschen Kollegen müssen die bekanteten Vorkommnisse in der Kaiserstadt an der Donau mit gerechter Entrüstung erfüllen. Dies um so mehr, da männiglich bekant ist, wie Ausländer in Deutschland gut aufgenommen, ja sogar oft besser als die eignen Landesfinder behandelt werden. Wie steht es dagegen mit der Behandlung Deutscher im Auslande? Teils aus eigener Erfahrung, teils aus dem Munde wahrheitsliebender Kollegen kann ich das Gegenteil feststellen. In der Schweiz ist der „Chabé — Schwab" nicht gern gesehen; in Petersburg sieht man den deutschen „Sobaka" (Hund) auch lieber die Tür von draußen zu machen; bei der galanten Nation jenseits der Bogenen dauerte es ebenfalls eine geraume Zeit, ehe der „Prusjan" als gleichberechtigt angesehen wurde. In Italien und Ungarn steht es nicht viel anders. Verdienen wir Deutschen diese Behandlung? Nein, und abermal's nein! Hört man bei uns — außer bei Streiks — von Unfreundlichkeiten gegen Ausländer? Ist es nicht eine feststehende Tatsache, daß tausende böhmischer, polnischer, italienischer Arbeiter in Deutschland ihr Brot ungeschädigt verdienen? Und das zum Schanden der Einheimischen, da erstere zu viel niederen Löhnen arbeiten. Weiß nicht fast jedes Kind in Dresden und

Leipzig, daß die Tischechen in den Schneiderwerkstätten die erste Geige spielen, daß die tschechischen Zuschneider bei Arbeitsmangel zuerst die Deutschen, dann ihre Landsleute entlassen? Wahrlich, es wird Zeit, daß wir uns unsrer Haut wehren! — Daß die Amosigkeit speziell der Wiener gegen Reichsdeutsche nicht erst seit gestern datiert, kam mir zum Bewußtsein, als ich zufällig einen Brief unter meinen Papieren entdeckte, den mir ein Leipziger Kollege vor halb neun Jahren nach einer süddeutschen Stadt geschrieben hatte. Es heißt darin: „... Anfang April (1894) wurde im hiesigen Tageblatt durch Kommerzienrat Wagner für eine große Wiener Firma ein Korrektor gesucht, auch ich meldete mich und hatte den unerwarteten Erfolg, nach etwa vier Wochen von Herrn Manz, dem Inhaber der Firma C. Gerolds Sohn in Wien, der zur Ostermesse sich hier kurz aufhielt, in das Hotel Hentschel geladen zu werden. Die Unterredung führte zum brieflichen Engagement (18 Fl. nach drei Monaten 20 Fl. bei neunstündiger Arbeitszeit) und war überaus vielversprechend. ... Zwei Tage vor der Abreise bekomme ich von Höger, an den ich mich um Informationen betreffs etwa dort ausgebrochener Konflikte gewandt hatte, ein Telegramm: Nicht kommen. Kürzliche. Brief folgt. — In diesem sagte er: Es stehen dort dreißig hartgekottene Gussfister, die jedem Kollegen, der mit vernünftigen Ansichten in ihren Kreis tritt, das Leben sauer machen; er riete nur ab usw. Ich ließ mich „belehren" und wurde wortbrüchig. Meine bisherige Stellung und Wohnung hatte ich gekündigt und ausgegeben. Die nächste Nummer des Wiener Vorwärts brachte die Notiz, daß eine größere Wiener Firma in Leipzig Korrektoren suche und in Wien wären eine große Anzahl tüchtige Kräfte konditionslos (!). Abgesehen von dem wenig stichhaltigen Grunde, daß dreißig Schuster im genannten Geschäft seien. ... kann doch der Druckereihaber seine Kräfte holen wo er will. Aber es lag den Wienern bloß an der Fernhaltung des Zugangs. ... Ich wäre dort nicht verpuffert. ... — Ein jeder meiner Leser denke sich in die damalige Lage meines Freundes! Ohne Arbeit und Wohnung vor einer ungewissen Zukunft und dabei einen Engagementsbrief auf eine gut bezahlte Stelle in der Tasche! — Wie man sieht, haben es die Wiener schon seit Jahren verstanden, zuerst für sich zu sorgen. Was soll man von solchen Präjuden denken, die vielleicht während der Versammlung, in der ein Redner das Motto: Arbeiter aller Länder vereinigt euch! variiert, darüber nachsinnen, wie so ein verfaßter „Preuß" aus der Druckerei hinausgebracht wird?

Der Budapestener Gutenberg erwidert dem Vorwärts: An die Adresse des Vorwärts! Der Kampf wider unsere natürlichen Feinde stärkt unsre Kraft, spornet uns zu unermüdlicher Ausdauer an, den gegen Kollegen führen wir aber nur höchst ungern, weil wir dem bewußten Dritten kein Schauspiel für — Götter bieten wollen. ... Daß aber nicht der Redakteur des Gutenbergs, sondern die löbl. Redaktion des Vorwärts es ist, welche — allerdings ohne Fertigkeit — „mißversteh", das sind wir verpflichtet zu beweisen und tun dies in der Weise, daß wir sowohl aus den am Wiener Verbandstage revidierten Statuten wie aus dem Protokoll desselben jene Stellen zitieren, die unsere Behauptungen gerechtfertigt erscheinen lassen. § 1 der Stellenvermittlung, den wir, wenn wir keine bewußte Unwahrheit gesagt, nach dem Vorwärts nicht gelesen haben konnten, lautet: „Die Stellenvermittlung ist in allen Verbandsvereinen eingeführt und bezweckt den geregelten Arbeitsnachweis an beschäftigungslose Berufsgenossen, um das bisher übliche, auf die Arbeitsbedingungen zumeist schädigend einwirkende Anbieten von Offizin zu Offizin hintanzuhalten und die Ueberflutung des Arbeitsmarktes einzelner Druckorte zu vermeiden.“

Zu dem Paragraphen stellte der Bukowinaer Delegierte folgenden Zusatzantrag: „Den zugereisten Kollegen ist es gestattet, in tarif-treuen Druckereien ohne Stellenvermittlung Konditionen anzunehmen.“ In der Motivierung dieses Antrages heißt es u. a.: „Bis jetzt dürften die Reisenden nur ihre Tagelöhner beziehen, aber um keine Kondition anfragen, von der Stellenvermittlung kann ignoriert nur in den allerersten Fällen eine Kondition zugewiesen

werden, und so sind diese ohnehin nicht beneidenswerten Kollegen zum Wandern, zum rastlosen Wandern gezwungen.“

Der Sekretär des österreichischen Verbandes, Kollege Dworaczek, bekämpfte diesen Antrag und sagte laut Protokoll:

„Was durch den Antrag der Bukowinaer Kollegen gewährt werden soll, wird gegenwärtig bereits von den meisten reisenden Kollegen durch Umgehung des Reglements leider getan. ... und weil das Verbot des Anfragens auch mit anderen Bestimmungen des Reglements zusammenhängt, ersuche ich, den Antrag der Bukowinaer Kollegen nicht anzunehmen.“

Und trotzdem dies alles schwarz auf weiß steht, debattiert der Vorwärts in seiner letzten Nummer mit der Mär, in Oesterreich ist das Konditionssuchen nicht verboten, der Bukowinaer Antrag bezweckte nicht, für die reisenden Kollegen eine Ausnahme zu statuieren. Wir fühlen unwillkürlich nach unserm Kopfe, und siehe da, dieser sitzt auf dem rechten Fleck! Warum leugnet man mit einemmale, was unüberlegbare Tatsache ist? — Daß in Sachen der Bestimmungen der Stellenvermittlung nicht immer mit gleichem Maße gemessen wurde, versicherte uns das gewesene Ausschußmitglied des Niederösterreichischen Vereins, Alexander Grünfeld, davon aber, daß heute ein Auge zugebückt (lies: nicht mehr so strenge gehandhabt) wird, wenn ein zugereister Kondition sucht, unterrichtete uns der niederösterreichischen Vereinsbeante Franz Lagler. Nach alledem überlassen wir es jedem vorurteilsfreien Kollegen, zu urteilen, auf welcher Seite bewußt die Unwahrheit gesagt wurde.

### Gewerkschafts-Autokratie.

(Eimplizistisch-philosophische Betrachtungen eines katholischen Arbeiters.)

Die Frage, inwiefern christliche, neutrale oder freie Gewerkschaften ihre Berechtigung haben, wird in neuerer Zeit in gewerkschaftlichen Kreisen vielfach erörtert und in diesen Erörterungen tritt auffallenweise — allerdings meistens seitens der Gewerkschaftstheoretiker — das Bestreben zu Tage, keiner der genannten Richtungen eine gewisse Berechtigung streitig zu machen. Die Taktik des getrennten Marschierens und vereinten Schlagens klingt theoretisch ja auch nicht übel, allein in der Praxis dürfte mit ihr nach den so häufig gemachten Erfahrungen herzlich wenig anzufangen sein. Bei aller gewerkschaftlichen Parteilichkeit wird daher die Frage: „Welche Organisation ist die richtigere, berechtigtere und so ipso zweckmäßiger?" nicht aus dem Auge zu verlieren sein, und je eingehender zu ihr seitens der Beteiligten Stellung genommen wird, um so mehr dürfte dies als im Interesse der Sache liegend zu betrachten sein.

Wenn ich mich nun hier für die absolut neutrale b. h. rein gewerkschaftliche Richtung ausspreche, so möchte ich das in Nachfolgendem vorwiegend vom katholischen Standpunkte aus begründen bzw. von diesem aus das Gewerkschaftsprinzip etwas näher zu beleuchten versuchen. Boverst jedoch einige Bemerkungen den „freien" Gewerkschaften.

Daß diese dem religiös empfindenden Individuum keinen ungehörten Raum bieten, so lange der Satz „Religion ist Privatsache" eine bloße Phrase und nicht zur Wirklichkeit wird, braucht für die hier in Betracht kommenden nicht näher ausgeführt zu werden. Wenn Bebel sagte, die Sozialdemokratie erstrebe auf religiösen Gebieten den Atheismus, so ist männiglich bekant, daß dies auch bezüglich der sogenannten „freien", in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften der Fall und zwar leider nur zu oft in einer das religiöse Gefühl gar sehr verletzenden Weise. Daß aber ein guter Gewerkschaftler unbedingt Atheist sein müsse, will mir nicht einleuchten. Die Gewerkschaft hat eben meines Erachtens auf dem religiösen Gebiete überhaupt nichts zu erstreben, sondern nur auf dem wirtschaftlichen; sie kann und muß sowohl dem Atheisten wie dem Theisten usw. ohne Verbühmung seiner religiösen Anschauungen Raum bieten. Tut sie das nicht — und die heutige „freie" tut es nicht —, so kann sie auch keinen Anspruch darauf machen, die All-

gemeinheit zu umfassen, sondern nur die Gesinnungsverbundenheit auf religiösem Gebiete, d. h. also die Nichtgläubigen. Ebenjowenig darf meines Erachtens die ihren Zweck voll und ganz erfüllende Gewerkschaft im Schlepptau parteipolitischer Bestrebungen hängen, da dies die praktische Gewerkschaftsarbeit stört und lähmt. Ohne — im Gegensatz zu vielen meiner Glaubensgenossen — die Verdienste der Sozialdemokratie um die Gewerkschaftsfrage verkennen zu wollen, bin ich der Ansicht, daß Gewerkschaft und politische Partei streng auseinander zu halten sind.

Auch ich halte zwar dafür, daß das, was bisher auf sozialpolitischem Gebiete geschehen, hauptsächlich dem Dasein der Sozialdemokratie zu verdanken ist, so sehr es auch andere Parteien aus leicht begreiflichen Gründen leugnen. Wenn ich also auch die Sozialdemokratie als Vater des Gewerkschaftsprinzips anerkenne, so folgt daraus nicht, daß das Kind nun lebensfähig der väterlichen Zucht unterliegen müsse. Dasselbe ist eben groß und selbständig geworden und muß nach seiner Emanzipierung seine eigenen Wege gehen, es muß sein Fortkommen in der Weise suchen, die es von seinem Standpunkte aus für richtig und zweckmäßig hält.

Wie es aber ein Menschens wäre, das mündige Wesen in der Zucht des Vaters zu belassen, der eben einem andern Berufes dient als sein Kind — mit anderen Worten: „Wie die freie Gewerkschaft sich von ihrem politischen Vater loslagern muß, um sich auf die eigenen Füße zu stellen, ebenso muß sich auch die Stiefschwester der ‚freien‘, die christliche Gewerkschaft, aus der politischen Vormundschaft befreien, um ihrem natürlichen Daseinszweck unbehindert dienen zu können.“ Damit komme ich zu meinem eigentlichen Thema.

Zwar leugnen ja die Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, mehr oder weniger im Dienste politischer Parteibestrebungen zu stehen; das ist natürlich, denn im andern Falle würden sie sich selbst aufgeben. Ich will auch keineswegs der großen Masse (der christlichen Gewerkschaftler) die bona fides in dieser Beziehung streitig machen; denn auch meines Erachtens ist die Zahl derer, die sich dessen bewußt sind, verhältnismäßig klein — die große Menge geht eben unbewußt am Gängelbande der Partei — und diese Wenigen (hauptsächlich die Führer) haben, weil als Parteifavoriten mehr Parteimann als Gewerkschaftler, ein Interesse daran, den Schein der Selbständigkeit in letztgenannter Eigenschaft zu pflegen. Manche von ihnen mögen auch in Betätigung eines gewissen moralischen Dankbarkeitsgefühls handeln, indem sie ihre soziale Bildung oder Schulung dem Volksverein für das katholische Deutschland usw. verdanken. Neugierig antipatisch hat es mich berührt, als vor nicht langer Zeit (bei Gelegenheit der Zollberatung) die Zentrumspresse den mit der Zolpolitik des Zentrums nicht einverstandenem eignen Anhängern aus dem Umfange eines Briefes drehen zu können glaubte, daß sie vom „Handelsvertragsvereine“ ein gerichtetes Kurze auf dessen Kosten besucht, wo es doch Tatsache ist, daß die Wiesbets, Brust usw. mindestens auf Kosten des Volksvereins an den von diesem veranstalteten praktischen sozialen Kursen teilgenommen. Wer selbst in einem Glasbause sitzt, soll doch nicht nach anderen mit Steinen werfen!

Daß diese Selbständigkeit der christlichen Arbeiterbewegung nur Schein und keine Wirklichkeit ist, dürfte für denjenigen, der der Sache objektiv, vorurteilslos gegenüber steht, also nicht allzu schwer zu erkennen sein. Die Presse der Zentrums- und der christlichen Arbeiterbewegung, welche letztere der großen Masse der katholischen Arbeiter besonders bei den Wahlen usw. bedarf und aus diesem Grunde die christlichen Gewerkschaften protegiert, liefert dafür selbst dem aufmerksamen Beobachter häufig genug vollständige Belege. Die diesbezüglichen Ausführungen des „rheinischen Kollegen“ in Nr. 114 des Corr. 1902 (unter der Rubrik „Buchdrucker-Verband und Zentrums-Partei“) habe ich mit großem Interesse gelesen, weil ich sie selbst des häufigeren beständig gefunden habe. In erwähntem Artikel wurde beispielsweise dem „herborragensten Organe der Zentrums-Partei“, der kölnischen Volkszeitung, der Vorwurf gemacht, daß sie, wenn anders sie nicht ohne Quellenangabe nachdrucke (was von der kölnischen Volkszeitung doch wohl nicht anzunehmen), Originalartikel in die Westdeutsche Arbeiterzeitung lanciere, die diese als ihr eigenes geistiges Produkt veröffentliche. Mich für die Sache interessierend, habe ich damals beide Blätter eine Zeit lang verfolgt; aber weder die Westdeutsche Arbeiterzeitung noch die kölnische Volkszeitung, welche gerade zur damaligen Zeit durch die häufige Zitierung der Ausführungen des Corr. (selbstverständlich sofern sie sich gegen die Sozialdemokratie richteten) bedeutete, daß sie diesem große Beachtung schenkt, hat höchst bezeichnenderweise auf diesen Vorwurf reagiert; man muß also annehmen, daß er berechtigt und ihm nichts Stichhaltiges entgegenzusetzen war. Für viele aufmerksame Gewerkschaftler war das zwar nichts Neues, aber seltener doch dürfte es vorkommen, daß auf diese Weise die „Autokratie“ der christlichen Arbeiterbewegung anschaulich illustriert wird.

Das Gewerkschaftsprinzip als solches ist mit der katholischen Religion überhaupt schlecht in Einklang zu bringen. Wenn der „rheinische Kollege“ dem überfrühen Kollegen Schneider-Wanne entgegenhält, daß der Katechismus für die Erzbischofs Stöhl auf die Frage 357: „Was gebietet Gott im zehnten Gebote?“ antwortet: „Gott gebietet mit dem Unfrigen zufrieden zu sein,“ so steht das tatsächlich im schroffen Widerspruch zu dem eigentlichen Zwecke der gewerkschaftlichen Korporation, die sich doch um Besserung der sozialen Lage ihrer Mitglieder bemüht.

In diesem Punkte möchten wir gerne einmal die Ausführungen manches Katecheten im Religionsunterrichte, der draußen die Gewerkschaftsfrage unterfucht, hören, zumal nach Präses Schweikert-Stuttgart „die beste Sozialpolitik eine gute Pastoration ist.“ Vor mir liegt zufällig eine (allerdings ältere, aber das Alter ändert ja nichts an der katholischen Lehre) Katechismus-Erklärung,\* in der es auf S. 271 in einer Anmerkung zu der Frage 33: „Was begehren wir in der vierten Bitte (des Vaterunsers): Unser tägliches Brot gib uns heute?“ folgendermaßen heißt: „Wenn es der Katechete für gut findet (!), kann er bei dieser Bitte noch auf zwei Punkte aufmerksam machen: ... 1. Es heißt: gib uns **Brot, nicht Fleisch, Kaffee** usw., damit wir Armen zufrieden sein mit dem Notwendigen, mit dem, was Gott uns beschenkt!“! Ähnliches wird wohl so ziemlich in jedem Katechismus-Kommentar zu finden sein. Wer solches mit dem Gewerkschaftsprinzip in Uebereinstimmung zu bringen vermag, muß ja der vollkommenste geistige Schlangenmensch sein.

Nun ist ja gewiß die christliche Gewerkschaftsbewegung eben christlich und nicht spezifisch katholisch. Allein erstens ist dies vom Standpunkte des reinen Gewerkschaftlers aus gleichgültig, dann sind aber auch faktisch die Katholiken in derselben dominiert und die Nichtkatholiken von kaum merklichem Einflusse. Wenn auch die christliche Gewerkschaft interkonfessionell ist und „christlich“ für sie nur so viel bedeutet als „nichtsozialdemokratisch“, so beruht das lediglich auf Zweckmäßigkeitsgründen, um so den Damm gegen den wuchtigen sozialdemokratischen Strom breiter und stärker zu gestalten. Ich bin gewiß kein Freund der konfessionellen Gewerkschaften, aber man muß doch zugeben, daß die vorjährige, hauptsächlich von Berlin und Trier ausgegangene Bewegung betr. konfessionelle Gewerkschaften die Konsequenz aus ihrer Seite hatte. Galt man einmal eine Scheidung für nötig, warum denn beim interkonfessionellen Halt machen und nicht beim Konfessionalismus enden? Verläßt man umgekehrt den konfessionellen Boden, so führt die Logik nicht nur bis zum Christentum, sondern zur absoluten Neutralität. Neutrale Gewerkschaften hat auch meines Erinnerns z. B. Wiesbets als das grundbühliche Richtiger anerkannt, aber (so etwa war seine Argumentation) da die „freien“ das religiöse Empfinden verlegen, so war die Gründung der „christlichen“ als Gegengewicht notwendig. Ebenso hat Brust auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongresse dem Buchdrucker-Verbande als der „einzigen wirklich neutralen Gewerkschaft“, der er seinen Sohn zuführen werde, sein Kompliment gemacht. Wir vermischen auch hier die Konsequenzen. Hatte man neutrale Gewerkschaften grundsätzlich als richtig anerkannt, so müßten eben die katholischen Arbeiter durch Massenbeitritt die vorhandenen Gewerkschaften neutral zugefallen suchen oder aber neutrale schaffen (abgesehen davon, daß auch schon neutrale in den Hirsch-Dünderichen vorhanden waren). Freilich — dann waren sie nicht parteipolitischen Zwecken dienlich zu machen!

Wie man den christlichen Gewerkschaften die Zügel streifen ziehen will, geht auch zur Evidenz aus dem Protokolle der Generalversammlung der Präses des Gesamtverbandes katholischer Gesellenvereine zu Mainz vom 9. bis 11. September hervor, aus dem wir einige Ausführungen zitieren:

Nächst Präses Schweikert-Stuttgart: „Ich möchte ... ebenso einschließen betonen, daß eine Reihe von Punkten uns vorerst nicht erlauben, die christlichen Gewerkschaften so zu unterstützen, wie wir es selbst wünschten. Es besteht eine gewisse Gegenfährlichkeit zwischen den konfessionellen Vereinen, wie es der Gesellenverein ist, und den Gewerkschaften.“

Wenn im Gegensatz zu dem Präses die Gesellen sich zur Gewerkschaftsorganisation nicht ablehnend, sondern zustimmend verhalten, so kommt das daher, daß der Gegensatz zwischen Gewerkschaft und Gesellenverein von ihnen nicht in der Weise erkannt wird, daß sie dadurch zu klarem Handeln angetrieben würden.“

Man überschätzt in der Gewerkschaftspresse und in den Gewerkschaftsversammlungen eben das Materielle und damit auch den Wert der wirtschaftlichen Organisation, und unterschätzt das Ideale, das Religiöse, und damit auch die konfessionellen Organisationen. Dieser materiellen Auffassung gegenüber vertreten wir die im Naturrecht begründete Auffassung, daß die konfessionellen Vereine höher stehen und darum notwendiger sind als rein wirtschaftliche Organisationen.“

Gerade junge Mitglieder wollen alles besser wissen als der Präses und haben trotzdem keinen blauen Dunst vor dem Wesen der sozialen Frage.“ (Den haben natürlich nur die Akademiker! Num. d. Ned.)

Dr. Becker-Meuntkirchen „führt die Unzulänglichkeiten, die sich zwischen den beiden Organisationen (Gesellenverein und Gewerkschaft) ergeben haben, auf den interkonfessionellen Charakter der letztern zurück. Auch wirtschaftliche Fragen müßten vom religiösen Standpunkte aus behandelt werden, denn ihre Lösung beruhe auf der justitia commutativa. Will man von der Religion bei der Gewerkschaft absehen, so ist letztere unchristlich; will man aber einen christlichen Standpunkt, so kann das nur ein konfessioneller sein, denn Religion ohne Konfession ist Konfusion.“

Dr. Jacob Schmitt, Erklärung des kleinen Doharbeschen Katechismus (4. Aufl.). Freiburg i. Br. 1873, Herder. (Mit Approbation des Erzbischofs von Freiburg und des Bischofs von Mainz.)

Kochmeyer-Muhrot „betont, daß wir noch immer auf dem Boden der Köhler Thesen von 1900 ständen, in denen eine ablehnende Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung ausgedrückt sei, daß wir aber als die ältere Institution, die zudem viel idealere Ziele verfolgt, ein Entgegenkommen seitens der Gewerkschaften erwarten müßten.“

Wenn auch der Generalpräses hat, die Frage bezw. konfessioneller oder interkonfessioneller Gewerkschaften nicht aufzurollen, so bemerkt er doch selbst, daß „der Gesellenverein vorläufig keine Veranlassung habe, dazu Stellung zu nehmen, weil er auf dem einmal gegebenen Boden der letzteren stehe.“ Die Auszüge dürften indessen genügen, um die Stellung der „religiösen Sozialpolitiker“ zur Gewerkschaft zu kennzeichnen.

Siehe eigentliche Kritik hat die christliche Gewerkschaft nur in der allerdings mächtigen sogenannten Augustinus-Presse, welche die Prinzipien der Zentrums-Partei\* vertritt. Es besteht somit ein Gegensatz in der Gewerkschaftsfrage zwischen dem religiösen und politischen Katholizismus. Letzterer glaubt eben mit der breiteren Gewerkschaftsbasis seinen politischen Zwecken besser dienen zu können, weil er damit den Schein der konfessionellen Engherzigkeit ausräumen zu können meint.

Die christlichen Gewerkschaften sind daher ein Zwitterding. Ideale und reale Zwecke gleichzeitig verfolgen, das wird auf die Dauer nicht gehen. „Niemand kann zwei Herren dienen“, und wenn er auch nicht gerade „den einen hassen und den andern lieben“ muß, so muß er doch wenigstens einen vernachlässigen. Will die christliche Gewerkschaft das religiöse Gebiet pflegen, so muß sie das gewerkschaftliche vernachlässigen; umgekehrt muß sie das Religiöse abstreifen und es dem Einzelnen überlassen. Letzteres ist m. E. der einzig richtige Standpunkt, und ich bin der Meinung, daß die christlichen Gewerkschaften mit der Zeit diesen Entwicklungsgang nehmen oder an gewerkschaftlicher Atrophie dahinjehen müssen.

Für eine verwässerte Sozialreform im Sinne der Ausführungen des Vorsitzenden der christlichen Arbeiterpartei um dem kürzlich stattgehabten dritten niederbayerischen Ratsofentage, Herrn Kunschak, derengemäß „das Christentum bei allen sozialreformatorischen Unternehmungen Ausgangspunkt und Endziel zugleich ist“, wird sich der denkende Arbeiter bestens bedanken, weil dabei gewerkschaftlich wenig herauskommt, im Gegenteile gewerkschaftliche Aktionen geklämt und oft vollständig unmöglich gemacht werden. Die Lösung muß deshalb sein: Wirklich neutrale Gewerkschaften mit Ausschluß des Konfessionellen, des Christlichen, des Religiösen überhaupt; mit Ausschluß der Politik, soweit diese nicht den wirtschaftlichen Bestrebungen der Gewerkschaft entgegenarbeitet (z. B. Zelltarif); Gewerkschaften mit der ersten und vornehmlichen Tendenz: Hebung und Besserung der Lage des bedrückten arbeitenden Standes. Nur solche Vereinigungen sind Praktisches zu erreichen in der Lage — aber jede Zersplitterung ist vom Uebel. Zersplitterung aber ist jede Unterordnung oder auch grundsätzliche Angliederung gewerkschaftlichen Strebens unter bezw. an religiöse oder parteipolitische Bestrebungen. Dabei ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die „reinen“ Gewerkschaftsvertreter je nach Lage der Verhältnisse mit dieser oder jener Partei, die in der jeweils akuten Frage auf demselben Standpunkte steht, gemeinsame Sache machen kann; aber das muß, wie gesagt, dem Einzelfalle überlassen werden. Wenn der bekannte sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Legien in der Mai-Nummer der Sozialistischen Monatshefte S. 323 sagt, „daß die Neutralität der Gewerkschaften nur dahin zu betätigen sei, daß von den der Gewerkschaft Beitretenden ein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis nicht verlangt und auf die Mitglieder kein Druck ausgeübt wird, einer bestimmten politischen oder religiösen Anschauung sich anzuschließen, und es im selben Atem als „unlogisch“ bezeichnet, „durch Normierung von besonderen Gewerkschaftskandidaten eine reine Arbeiterpartei zu bilden,“ so habe ich für diese Logik kein Verständnis. Entweder man erkennt eine bereits vorhandene politische Partei als Vertreterin des Gewerkschaftsprinzips an, und dann kann, ja, muß man auch das betr. „politische Glaubensbekenntnis“ verlangen — oder man schließt letzteres aus, dann muß dieser Ausschluß aber auch logischerweise auf selbständige Wege führen. Nur „reine“ Gewerkschaftler, die „ex officio“ Gewerkschaftler und nur privatim Parteimann sind, sind daher m. E. im Stande, ungehindert der gewerkschaftlichen Sache zu dienen. Wie die Vereinigungen der Arbeitgeber nicht nach dem religiösen und politischen Glaubensbekenntnisse fragen, sondern in ihren Angehörigen jeder Konfession und Partei zur Geltendmachung „materieller“ Interessen sich zusammenfinden, so muß es auch in der Gewerkschaft sein: der Einzelne stellt seine Kraft in den Dienst wirtschaftlicher Bestrebungen, einerlei, welchen Idealen er außerhalb dieser Organisation nachjagt.

Es liegt demgemäß m. E. nicht im Interesse der Gewerkschaftsbewegung, wenn Legien mit seiner Prophezeiung am Schluß seiner Abhandlung (a. a. O. S. 326) Recht behält: „Die (freien) Gewerkschaften sollen und werden sich aber von ihrer bisherigen tatsächlichen Haltung und den Anschauungen über ihre politische Vertretung nicht abbringen lassen ... durch das Raisonnement der Gegner über vermeintliche Verletzung der Neutralität.“ Die „Ver-

\*) Wenn diese auch formell keine konfessionelle Partei sein will, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß sie mit dem politischen Katholizismus identisch ist.



Legung der Neutralität" ist eben keine vermeintliche, sondern höchstens von den „politischen Gewerkschaftern" beschränkte Wirklichkeit. Sowohl die „christlichen" wie die „freien" Gewerkschaften müssen ihre Taktik ändern im Interesse ihrer gemeinschaftlichen Bezugspunkte und der notwendigen Vermeidung gewerkschaftlicher Zerstückelung. Geschlecht das nicht — nun, dann muß eben eine rein gewerkschaftliche Vertretung geschaffen werden: In necessariis unitas, in dubiis libertas! —s—

Anmerkung der Redaktion: Trotz mancherlei tatsächlicher Irrtümer, die in diesem Artikel enthalten sind und trotz mancher falscher Schlussfolgerungen glauben wir unseren Lesern diese Auffassung eines katholischen Verbandskollegen über die Gewerkschaftsfrage unterbreiten zu müssen. Den Gewerkschaften gehört für eine wirkliche Vertretung von Arbeiterinteressen überhaupt die Zukunft, wann diese Zukunft erreicht sein wird, hängt von der Vervollständigung der Gewerkschaften ab. Sie in beiden Lagern zu fördern, ist die dringendste Aufgabe aller Vorer, die ein Interesse daran haben, daß die deutsche Arbeiterklasse materiell und sozial sich hinaufarbeite. In diesem Sinne ist der vorstehende Artikel ein dankenswerter Beitrag.

## Gau Dresden.

Der schöne Saal des Dresdener Volkshauses sah am 24. Mai die Delegierten des Gau Dresden zur Abhaltung der alljährlichen Hauptversammlung in sich vereinigt. Betretene waren der Vorort Dresden mit 34, die Mitgliedschaften mit 41 Delegierten. Nach Eröffnung der Versammlung um 11 Uhr vormittags durch den Gauvorsitzer Wendische erinnerte dieser daran, daß nunmehr 30 Jahre verstrichen, seit der Gau Dresden seinen ersten Gantag abgehalten habe, und könnten wir stolz sein, einen alten Kämpfer, den Kollegen Herrn Ullmann, der schon dem ersten Gantage als Delegierter angehört, auch heute wieder als solchen begrüßen zu können, nachdem derselbe in dieser langen Zeit treu zum Verbandsgehalte und manchen Ehrenposten begleitet habe. Den jüngeren Kollegen stellte der Redner dieses treue und eifrige Mitglied als leuchtendes Beispiel vor. In Erlebung des ersten Punktes der Tagesordnung (Berücksichtigung des Büreaus) wurden die Kollegen Schalle und Schenk zu Schriftführern gewählt. Eingehend in den zweiten Punkt der Tagesordnung (Berichterstattung über den Stand des Gauvereins mit besonderer Berücksichtigung der Tarifdurchführung) schilderte der Vorsitzende die Verhältnisse des Gau in seiner innern Organisation, alsdann besonders die Ergebnisse und Erfolge der diesjährigen Tarifbewegung. Das Vereinsleben sei besonders beeinflusst worden durch die abgehaltene Generalversammlung des Verbandes. Für Dresden habe die Tarifbewegung keine nennenswerten Veränderungen bringen können, da ja glücklicherweise die tariflichen Verhältnisse hierorts geordnete seien, doch seien in manchen kleineren Orten erfreuliche Verbesserungen eingetreten, so habe in Döbeln, einem bisherigen Schmerzstande des Gau, die Firma Hallwisch sich zu wesentlichen Verbesserungen entschlossen, während für die Böhmischschiffen in Einverstandnisse, mit den Kollegen und Prinzipal einmütig und den Tariforganen andererseits ein Sozialzuschlag von 10 Proz. festgesetzt wurde. Die Firma Weißer in Deuben machte ebenfalls Zugeständnisse. Ein besonders oft bearbeitetes Feld des Gau, das Städtchen Sebnitz, trug nach vielen Bemühungen des Gauvorstandes insofern Früchte, als den dort beschäftigten Kollegen, allerdings leider Nichtmitgliedern, Lohnaufbesserungen bis zu 2 Mk. gemacht wurden. Diese Herren erbeten wohl mit unsrer Hilfe, vergaßen aber dann, ihr gegebenes Wort, dem Verbande beizutreten, einzufließen. Jedoch sollten wir auch einen Konflikt zu verzeichnen haben, dieser betraf das Personal der Firma Winter & Sauer in Heidenau bei Dresden, das seine Stellung tariflicher Unverhältnisse halber verlassen mußte. — Leider habe ich auch unser eigener Kollege im Gau weiter verbreitet und sei zu beklagen, daß dies noch in weitem Maße geschehe. Dem paritätischen Arbeitsnachweise schenkte der Gauvorsitzer ebenfalls in längerer Ausführungen Beachtung. Er gebe zu, daß dieses Institut noch Mängel aufweise, die leider aber vielfach von beiden daran beteiligten Seiten oft selbst verschuldet würden. Vielen Kollegen könne Redner den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich nicht pünktlich an- und abmeldeten. Unter Punkt 3 (Genehmigung der Jahresrechnung) wurde auf Antrag des Revisors Ullig dem Verwalter einstimmig Decharge erteilt. — Unter Punkt 4 (Beratung der Anträge des Gauvorstandes auf Abänderung des Gaustatuts) kam hierauf der wichtigste Punkt der Tagesordnung zur Erörterung, galt es doch, zur Vermeidung weiterer Anwachsens des Defizits in der Gaukasse, entweder Veränderungen im Unterstützungsweisen des Gau zu treffen oder die schon hohen Beiträge (30 Pf.) noch weiter hinaufzutreiben. Der Gauvorstand hatte in einer den Mitgliedern unterbreiteten Vorlage den Weg gezeigt, auf welchem er wieder, allerdings ohne Beitragserhöhung, geordnete Kassenerhältnisse zu erreichen gedachte und war es der Verwalter Steinbrück, welcher die Vorlage in erschöpfender Weise begründete. Nachdem Redner konstatiert, daß eine vom vorjährigen Gantage getroffene Einrichtung, den ausgesetzten auf bemessene Zeit eine Unterstützung von täglich 1 Mk. zu gewähren, wohltuend gewirkt habe, widmete er einem neuen, vom Vorstande beantragten Absätze zu § 9 des Gaustatuts (Krankenzuschuß) längere Aus-

führungen. Diese Bestimmung solle verhindern, daß Kollegen, sofern sie nicht für den Unterhalt einer Familie zu sorgen haben, nach Entlassung aus einer öffentlichen Heilanstalt, in welcher sie längere Zeit verpflegt wurden, zu den unverhältnismäßig hohen Summen der Verbandskasse auch noch den ausgesetzten Betrag aus der Gaukasse ausgezahlt bekämen und zeigte Redner an der Hand einiger krasser Beispiele, wie diese Einrichtung tatsächlich eine Sparfasse in großem Formate geworden sei. Das stehe mit dem Zwecke des Gauzuschusses im Widerspruch. Kollege Steinbrück konnte der Versammlung auf Grund einer Umfrage über die Höhe der Unterstützungen sowie über die verschiedenen Karenzzeiten der einzelnen Gauen ein klares Bild geben und zugleich konstatieren, daß der Gau Dresden in seinem Unterstützungsweisen der launteste sei, aber auch die höchsten Beiträge erhebe, abgesehen von den Gauen, welche sich nicht über eine Mitgliedschaft hinaus erstrecken (Berlin, Hamburg und Leipzig). Der Rechnungsabluß von 1901 habe ein Defizit von 2953,65 Mk., der von 1902 ein solches von 3687,93 Mk., beide somit eine Verminderung des Gauvermögens um 6641,58 Mk. ergeben; da sei es Pflicht, auf Mittel und Wege zur Abhilfe zu sinnen. Einen Wegweiser, wie das Gleichgewicht der Kasse wieder herzustellen sei, bilde das Ergebnis der im Vorjahre vorgenommenen Urabstimmung. Wenn auch keine der drei Fragen die absolute Mehrheit erhielt, so könne man trotzdem deutlich die Willensklärung der Gaumitglieder erkennen. Die meisten Stimmen vereinigten sich auf Frage III, welche eine Absenkung der Unterstützungsätze vorschlug, die wenigsten auf eine Erhöhung der Beiträge. Die Vorlage des Vorstandes stütze sich auf dieses Abstimmungsresultat. Die vorgeschlagene Absenkung sei nur eine vorübergehende Reduktion; jeder erreiche später, wenn er die höhere Stufe der Karenzzeit erreicht habe, den jetzigen Unterstützungsatz wieder. Wenn der Vorstand keine Erhöhung der Beiträge vorschläge, so habe dies seinen Grund zum Teile darin, daß andere Institute, wie die Ortskrankenkasse, ihren Beitrag um ein Erhebliches erhöht haben und daß ferner die zu hohen Beiträge der Entwicklung der Organisation hinderlich seien. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung in Dresden habe sich allerdings mit großer Mehrheit für eine Beitragserhöhung von 5 Pf. und Weiterbestand der alten Unterstützungsätze entschieden, er könne jedoch erklären, daß mit der hierdurch aufgebrachtten Summe das Defizit nicht gedeckt werde und daß sich deshalb der Gauvorstand noch Abänderungsanträge vorbehalten. Redner bezeichnete diese, er suchte jedoch die Delegierten, die Vorlage des Vorstandes zu prüfen und bat weiter, die Sache nicht als Prinzipienfrage zu behandeln, sondern nur den wirtschaftlichen Standpunkt im Auge zu behalten, damit Beschlüsse gefaßt würden, welche in gewisser Harmonie mit den Wünschen der Mitglieder ständen. — In der nun folgenden Generaldebatte über die Vorlage des Gauvorstandes und Punkt 5 der Tagesordnung (Erhöhung der Beiträge) lehnten fast alle Mitgliedschaften außer Birna und Döbeln eine Beitragserhöhung mehr oder weniger entschieden ab. Mehrere Redner plädierten für eine Herabsetzung des Krankenzuschusses, so daß derselbe mehr in Einklang mit dem Arbeitslosenzuschusse komme. Kollege Risch-Dresden begründete und verteidigte warm den Antrag auf Beitragserhöhung von 5 Pf. und wurde hierin noch von einigen Dresdener Delegierten unterstützt. Nach langer, eingehender Debatte schritt man zur Abstimmung. Eine beantragte namentliche Abstimmung wurde abgelehnt. Der eingegangene Antrag des Kollegen Kadon-Dresden, die Beiträge um 5 Pf. zu erhöhen und die bisherigen Unterstützungen zu belassen, wurde hierauf mit 56 gegen 15 Stimmen abgelehnt und zur Spezialdebatte über die gemachten Anträge des Gauvorstandes übergegangen. Es wurden die Paragraphen 1 und 2 unverändert angenommen, § 4 Abs. 2 mit einer Änderung des Kollegen Risch, dieser Paragraph lautet in Zukunft: Die drei ersten (Gauvorsitzer, dessen Stellvertreter und Verwalter) werden durch Urabstimmung der Mitglieder des Gauvereins, die letzten (Revisoren) in derselben Weise durch die Mitglieder des Vorortes Dresden gewählt. Abs. 8 zu § 4 wurde dahingehend abgeändert, daß der Gauvorstand sechs Wochen (bisher drei) vor dem Gantage einen Bericht vorzulegen hat. — Angenommen wurde weiter ein neuer Absatz 3 § 5, betr. die Renumeration der Druckereifaktoren und heißt es jetzt: Von 100 bis 500 Beiträgen 5 Mk. in der Provinz, in Dresden 3 Mk. — Nunmehr gelangte der vielumstrittene § 8 (Arbeitslosenzuschuß) zur Debatte, welcher die verschiedensten Vorschläge seitens der Herren Delegierten zeitigte. Der Antrag des Gauvorstandes lautete: Arbeitslose Mitglieder, welche zur Arbeitslosenunterstützung des Verbandes bezugsberechtigt sind, erhalten einen Zuschuß von 25 Pf. (bisher 40 Pf.) pro Tag, sofern dieselben 26 Beiträge zum Gauvereine entrichtet haben; bei 300 Beiträgen erhalten dieselben 40 Pf. pro Tag. Nach langem Meinungsaustrausche wurde, um eine Einigung zu erzielen, vom Vorstande der Vorschlag gemacht, es bei 40 Pf. Unterstützung zu belassen, die Karenz jedoch von 26 auf 50 Wochen zu erhöhen. Dieser Antrag wurde denn auch gegen 5 Stimmen angenommen. Auf Vorschlag des Kollegen Steinbrück wurde diesem Paragraphen noch ein neuer Absatz zugefügt, welcher lautet: Treten früher schon bezugsberechtigt gewesene Mitglieder wieder innerhalb des Gauvereins in Kondition und sind sie fortgesetzt Verbandsmittglieder geblieben, so sind dieselben bezugsberechtigt, wenn sie eine Woche gearbeitet und gezahlt haben. Wenn zwischen Ab- und Zureife Be-

treffende anderwärts nicht gearbeitet haben und innerhalb sechs Monaten zurückgekehrt sind, so werden sie ohne weiteres bezugsberechtigt. Abs. 4 und 5 gelangte in unveränderter Weise zur Annahme und bestimmt: Der Gauvorstand hat das Recht, nichtbezugsberechtigten und ausgesetzten Arbeitslosen, welche an den Ort gebunden sind, eine außerordentliche Unterstützung zu gewähren, welche bei ersteren 50 Pf., bei letzteren 1 Mk. pro Tag betragen und die Dauer von 6 Wochen nicht übersteigen soll. — Nicht minder wichtig und Gegenstand lebhafter Debatte war § 9 (Krankenzuschuß). Die Vorstandsvorlage lautete: Kranke Mitglieder, welche mindestens 50 Beiträge zur Kasse des Gauvereins entrichtet haben, erhalten einen Zuschuß von 25 Pf. pro Tag. Bei 300 Beiträgen erhöht sich diese Unterstützung auf 40 Pf. pro Tag. Dieser Vorschlag gelangte gegen 12 Stimmen zur Annahme. Ein vom Vorstande beantragter neuer Absatz 5 zu § 9, lautend: Befindet sich ein Mitglied in einer öffentlichen Heilanstalt, so wird die Unterstützung nur dann ausgesetzt, sofern jenes für den Unterhalt einer Familie zu sorgen hat, wurde in der veränderten Weise angenommen, daß keinem Mitgliede Unterstützung ausgesetzt wird, wenn es in einer öffentlichen Heilanstalt verpflegt wird. — § 10 der Vorlage, lautend: Kranke Mitglieder, welche in der Ortskasse ausgesetzt sind, erhalten einen weiteren Zuschuß von 1 Mk. pro Tag auf die Dauer von 26 Wochen, sofern sie 100 Beiträge zum Gauvereine entrichtet haben; bei 500 Beiträgen erhöht sich diese Unterstützung auf 1,30 Mk. pro Tag, wurde unverändert angenommen. Abs. 7 zu § 10, betr. die Unterstützung der in öffentlichen Heilanstalten Befindlichen, erhielt denselben Sinn wie in § 9, Abs. 5. — Bei § 11, Abs. 1, lautend: Jede ordentliche Unterstützung nach den Paragraphen 8, 9 und 10 endet mit der Unterstützung der Verbandskasse, wurde auf Anregung des Kollegen Steinbrück zu Protokoll genommen, daß den Gauvereinsmitgliedern, deren Ortskrankenkasse 52 Wochen Krankenzuschuß zahlt, die Rechte des § 10 (Zuschuß nach Aussteuerung in der Ortskrankenkasse) trotzdem gewahrt bleiben. Die Gauvereinsdelegierten erklärten sich einverstanden. Dieser Absatz gelangte zur Annahme. Absatz 3 zu § 11 erhielt denselben Wortlaut wie der neue Zusatz zu § 8, nur heißt es hier, „wenn sie 6 Wochen gearbeitet usw." Ein vom Vorstande beantragter neuer Absatz 4 zu § 11, lautend: Alle in den Paragraphen 8, 9 und 10 ausgeführten Unterstützungen sind freiwillig; ein gerichtlich klagbares Recht oder ein sonstiger Rechtsanspruch auf dieselben steht keinem Mitgliede zu, wurde mit einem Zusätze aus § 5 des Verbandstatuts angenommen. — § 12, die alljährliche Hauptversammlung betreffend, zeitigte wiederum die verschiedensten Vorschläge, doch gelangte der Vorstandsantrag: Die Hauptversammlung, gebildet aus Delegierten der einzelnen Mitgliedschaften, findet alljährlich gegen Johanni statt, zur Annahme. — § 13 wurde nach der Vorlage des Vorstandes acceptiert, ebenso § 15. Auf einen vom Kollegen Baumann-Zittau geäußerten Wunsch zu § 16, daß auf der Tagesordnung des Gantages stets der Punkt Tarifliches Platz finden möge, erklärte der Vorsitzende, daß diesem entsprechen werden könne. — § 21 setzt den 28. Juni als Termin fest für die Einführung der neuen Bestimmungen und hieß der Gantag diesen Zeitpunkt gut. — Folgende Uebergangsbestimmung wurde hierauf angenommen: Denjenigen, welche z. B. des Inkrafttretens dieses Statuts die Gauzuschüsse beziehen, wird die Unterstützung für die Dauer der betr. Arbeitslosigkeit oder Krankheit nicht gekürzt. — Es kam hierauf Punkt 7 der Tagesordnung (Beschlüßfassung über die Höhe der Diäten an die Delegierten) vor Punkt 6 zur Verhandlung und wurde beschlossen, den alljährlichen Satz von 5 Mk. Diäten sowie je 3 Mk. Entschädigung für die beiden Schriftführer zu gewähren, ebenso erledigte die Versammlung Punkt 6 (Feststellung der Renumeration für den Gauvorsitzer, dessen Stellvertreter und die Revisoren) mit Bewilligung der bisher gewährten Renumerationen. — Bei Punkt 8 (Vorschläge zur Wahl des Gauvorsitzers und dessen Stellvertreters) wurden die Kollegen Wendische und Reichenbach wiederum zur Wahl empfohlen. — Als Ort für den nächsten Gantag (Punkt 9 der Tagesordnung) wurde wiederum Dresden bestimmt. — Punkt 10 (Rekurs) erledigte sich, da solche nicht vorlagen. — Der Vorsitzende gedachte hierauf der im Laufe des Jahres verstorbenen Mitglieder und ehrte die Versammlung diese Kollegen durch Erheben von den Sigen. Kollege Ullmann sprach seinen Dank aus für die ihm vom Vorsitzenden bereite Ovation. — In vorgerückter Stunde nahm Kollege Baumann-Zittau die Geduld der Delegierten noch geraume Zeit in Anspruch, um dem Gantage eine Beschwerde gegen den Schriftführer der vorjährigen Hauptversammlung zu unterbreiten. Derselbe habe sich gestastet, im Gantagsberichte für den Corr. seine persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen, welches Vorgehen Redner rügte. Es wurde vom Vorsitzenden entgegnet, daß eine Berichtigung an den Corr. auffärend gewirkt hätte. Nach Verlesung des Protokolls erklärte der Vorsitzende den Gantag für geschlossen und forderte die Delegierten zu einem dreimaligen Hoch auf den Verband auf, welchem Wunsch die Versammlung in begehrter Weise entsprach. — Die wenigen Stunden, welche den Auswärtigen in Folge der langen Dauer der Verhandlungen bis zu ihrer Abreise noch verblieben, verbrachten dieselben mit den Dresdnern und deren Angehörigen noch bei den Klängen des Volkshauses-Ensembles.

## Obergau.

Am 31. Mai wurde im Schützenhause zu Potsdam der 19. Ordentliche Gantag des Obergaues abgehalten. Gegen 1/2 Uhr wurden die Ersidnenen durch einige Gesangsvorträge des dortigen Mitgliederchorbors begrüßt und nach den üblichen Begrüßungsreden durch den Gauvorfteher und den Vorsitzenden der Potsdamer Mitgliedschaft die Verhandlungen eröffnet. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von folgenden Delegierten: 1. Bezirk, Stettin-Stadt: Riefbeck, Dautz, Langer, Poupard, J. Witt, Müller, Lubahn, J. Dorau, Köffner, Dobritz; 2. Bezirk, Stettin-Land: Meerwald und Kriß-Kolberg, Ping-Röcklin, Nag-Müller-Stargard; 3. Bezirk, Straßund: Miethe und Ramberg-Straßund, Heinrich und Hoffmann-Greifswald, Brandenburg-Swinemünde; 4. Bezirk, Neuruppin: Bogler und W. Schulz-Neuruppin; 5. Bezirk, Brandenburg: Seibel-Nauen, Rabe-Potsdam, Weile-Spandau, Gerber-Ludewalde, Fejfer-Neubabelsberg, Seidde-Brandenburg, Pöhl-Rathenow, Leddin-Biejar, Zimmermann-Brandenburg, Lehmann-Friedrichshagen, Weiß-Werber, Schelz-Jossen, Böhme-Potsdam, Hoffmann-Neubabelsberg, Wadz-Trebbin, Hoffmann-Jossen, Janitz-Spandau, Jordan-Brandenburg, Heinze-Trebbin, Meyer-Potsdam, Otto-Neubabelsberg, Ehler-Trebbin, Boninz-Jossen, Schwendeling-Friedrichshagen, Grögl-Brandenburg; 6. Bezirk, Frankfurt a. O.: Otto Müller, Gustav Hauke und Bruno Herrmann-Frankfurt, Wlöbe-Guben, Rich. Lemte-Mittlarbe, Schmelzer-Zandberg a. B.; 7. Bezirk, Cottbus: Leeske, Greimann, Wagner-Cottbus. Vom Gauvorstande sind anwesend: Vorfteher Kirchner, Kassierer Wila, Schriftführer Duchtäuer; den Hauptvorstand vertrat Kollege Eiffer; der Berliner Gauvorstand hatte der an ihn ergangenen Einladung bedauerlicherweise keine Folge gegeben. Als Gäste wohnten den Verhandlungen verschiedene Potsdamer Kollegen und mehrere Durchreisende bei. Dem Brandenburger Bezirke wurden nach teilweise erregter Debatte 3 Delegierte kassiert, da bei der Wahl irrtümlicherweise die laufende Schlusnummer (506) statt der Bestandsziffer (451) zu grunde gelegt war, doch beschloß der Gantag, die nun einmal anwesenden Kollegen bei Uebernahme der Kosten auf die Gantage als Gäste zuzulassen. — Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Rabe, zum stellvertretenden Schriftführer Dorau gewählt. — Zwei verspätet eingegangene Cottbuser Anträge wurden nach Beschluß noch auf die Tagesordnung gesetzt. — Der Geschäftsbericht des Gauvorstandes sowie der Kassienbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor; da niemand gegen die Geschäftsführung Einwendungen zu machen hatte, wurde dem Gauvorstande einstimmig Entlastung erteilt. In Bezug auf Jossen wurde seitens der dortigen Delegierten berichtigt erwähnt, daß die Arbeitszeit dortselbst nur 8 1/2 Stunden beträgt. — Hierauf kam Punkt 2 der Tagesordnung zur Beratung: Die von Brandenburg beantragte Teilung des Obergaues. Von den Antragstellern wurde ausgeführt: Dieser Antrag steht seit Jahren auf der Tagesordnung. Eine gründliche Prüfung habe noch niemals stattgefunden. Erheblich liegen den Brandenburgern fern, auch ein Mißtrauen gegen den Gauvorstand sei in ihm nicht entfallen, es seien zwingende örtliche Gründe, die die Mitgliedschaft Brandenburg zur Stellung des Antrages veranlaßten, um in ihrem Ehrgeize auf Besserung der Verhältnisse auch Erfolg zu erzielen. Jede Agitationsbestrebung müsse jetzt den sehr zeitraubenden Instanzenweg gehen, während nach der Teilung sich der Brandenburger viel leichter mit dem Berliner Gau in Verbindung setzen könne als jetzt auf dem Wege über Stettin. Das jetzige Verhältnis sei ein ungesundes, da bei dem voraussetzlichen Wachstume des Brandenburger Bezirkes derselbe bald den Gau majorisieren werde. Von Seiten des Hauptvorstandes liegen Bedenken gegen die Teilung nicht vor, auch sei der Gantag vollständig kompetent, die Teilung zu beschließen, es brauche nicht bis zur Generalversammlung gewartet zu werden. An Ausdehnung sei der Obergau einer der größten, nach der Mitgliederzahl rangiere er unter den kleinsten. In Interesse einer intensiven Agitation, die im Bezirke resp. der Provinz Brandenburg sehr angebracht sei, ist die Teilung unbedingt nötig. Eiffer wies darauf hin, daß eine Teilung die bestehenden Mißstände nicht beseitigen könne, da vielfach die schlechten Verkehrsverhältnisse an der Entfaltung der nötigen Agitation hinderten. Prinzipiell sei der Hauptvorstand nicht gegen die Teilung, aber erst müßten Beweise erbracht werden, daß eine Gantellung auch die in Aussicht gestellten Vorteile bringen werde. Redner rät stat dessen zur Annahme des Gauvorstandsantrages, den Gau statt in 7 in 10 Bezirke zu teilen, deren Bezirksvorstände mehr mit den einzelnen Druckorten und ihren Gehilfen in Verbindung treten könnten. Die Versammlungen großer Bezirke seien auch nicht immer von dem nötigen Ernst getragen, legen auch den einzelnen Mitgliedern nicht unerhebliche Opfer auf. Kirchner möchte wissen, ob den jetzigen Bezirksvorständen jemals Schwierigkeiten bei einer beabsichtigten Agitation gemacht seien, oder ob der Gauvorstand es jemals an der nötigen Beratung und Beschleunigung der Geschäfte habe fehlen lassen. Eingestandenmaßen wollten die Brandenburger nur unter sich sein und nichts mit den Pommern zu tun haben, ein solcher Partikularismus könne aber nie zum Segen des Verbandes gerichen. Er bittet schließlich um Ablehnung des Antrages auf Teilung des Gaues. Müller-Frankfurt konstatiert eine Aenderung in der Begründung des Antrages; er ist für die Teilung, wenn die abgeteilten Druckorte dem VIII. Tarifreise Berlin angegliedert

werden, wodurch verschiedene Mißstände beseitigt würden. — Der beantragte Schluß der Debatte wurde mehrmals abgelehnt. Die Brandenburger sprachen sich in der langen Debatte sämtlich für die Teilung aus; nach dem noch seitens der Gegner des Antrages darauf hingewiesen war, daß die jetzige Größe des Bezirkes nicht ein Verdienst der Brandenburger durch ihre Agitation sei, vielmehr ihren Grund in der Verlegung der verschiedenen Berliner Druckereifilialen in die Provinz habe, die Neuruppiner Delegierten auch bekräftigten, daß in ihrem Bezirke verhältnismäßig viel mehr und schwieriger Arbeit geleistet worden sei als im Brandenburger, kam man schließlich zur Abstimmung. Für die Teilung stimmten geschlossen die 22 Brandenburger Delegierten, dagegen sämtliche übrigen 30, die Teilung des Obergaues ist also auch diesmal abgelehnt. — Nach der nunmehr eintretenden Mittagspause wurde die Beratung des Gauvorstandsantrages vorgenommen: Der Obergau ist in zehn Bezirke (statt bisher sieben) zu teilen. Von Schelz und Genossen wurde Uebertragung zur Tagesordnung beantragt und damit motiviert, daß, wenn die Teilung des Gaues abgelehnt sei, auch die Uebernennung fallen müßte, doch wurde der Uebertragung zur Tagesordnung abgelehnt. Gauvorfteher Kirchner begründete den Antrag mit der großen Ausdehnung des Bezirkes Brandenburg, der frühere vier Bezirke umfasse; was dem Gau recht sein solle, müsse dem Bezirke billig sein. Er wies darauf hin, daß die größeren Mitgliedschaften in Bezug auf die Verwaltung jetzt schon ziemlich selbstständig seien und daher ebenjot mit dem Gauvorstande wie mit dem Bezirksvorstande verkehren könnten. Wegen der großen Ausdehnung solle auch der Bezirk Stettin-Land geteilt werden, dessen Mitglieder sich dagegen nicht wehren, dies vielmehr beantragt haben, da in einem kleinern, mehr begrenzten Raume die Agitation viel besser betrieben werden könne. Zimmermann bezeichnete den Antrag als Angstprodukt, gegen dessen Annahme die Brandenburger geschlossen stimmen würden. Nachdem noch verschiedentlich für und gegen den Antrag gesprochen, auch darauf hingewiesen war, daß etwaige Uebertragungen betr. der Zugehörigkeit der einzelnen Druckorte immer noch berücksichtigt werden könnten, trat Schluß der Debatte ein. Ueber die Teilung der Bezirke Brandenburg und Stettin-Land wurde getrennt abgestimmt. Wie bei dem ersten Antrage war auch hier namentliche Abstimmung beantragt worden; diesmal stimmten 22 gegen, 30 für die Teilung des Bezirkes Brandenburg. Da der Antrag also nicht die nötige Zweidrittelmehrheit als Statutenänderung erhielt, so galt er als gefallen. Die Teilung des Bezirkes Stettin-Land (Antrag Kolberg) wurde hierauf einstimmig angenommen. — Zu § 21 des Gaustatutes beantragte der Gauvorstand: Der Gauzuschuß ist auf 25 Pf. pro Tag festzusetzen event. ist der Beitrag auf 15 (statt bisher 10) Pf. zu erhöhen. Kassierer Wila verlas zur Begründung des Antrages die Zahlen der Einnahmen der einzelnen Bezirke sowie deren Ausgaben für Gauzuschuß, ebenso die begünstigten Zahlen für die Gaukasse. Er wies ferner an der Hand der eingegangenen Rechenschaftsberichte anderer Gaue nach, daß alle, selbst die kleinsten, einen höhern Bestand pro Kopf haben, der Obergau 2,72 Mk., die anderen 4 bis 20 Mk. Die Ausgaben für den Gauzuschuß stiegen fortwährend und man müsse für gewisse Fälle, die eintreten könnten, einen Reservefonds haben. Keiner der Redner konnte sich für Herabsetzung des Gauzuschusses erwärmen und so gelangte schließlich der Uebertragungsantrag Stettin: Der Gauzuschuß ist auf 50 Pf. pro Tag zu belassen; der Beitrag beträgt für das Sommerhalbjahr 10 Pf., für das Winterhalbjahr 15 Pf., einstimmig zur Annahme. Die Bedenken verschiedener Redner wegen der durch hohe Beiträge als Erschwörung der Agitation wurden als nicht stichhaltig betrachtet, auch wurde es für besser erachtet, dem Gauvorstande etwas Bestimmtes anzuweisen, als ihm betr. zeitweiser Erhöhung der Beiträge in Rottfällen freie Hand zu lassen. — Nach kurzer Debatte wurde ferner beschloffen, folgenden Passus in das Statut aufzunehmen: Mitglieder, welche aus einem Gau zureisen, der mit dem Obergau betr. der Gewährung von Gauzuschuß in Gegenseitigkeit steht, müssen in einem Gau die Bezugsberechtigung erworben haben und ebenfalls erst einen Beitrag in Kondition leisten, um Anspruch auf Gauzuschuß zu erhalten. Eine Zusammenlegung der in verschiedenen Gaue geleisteten Beiträge ist nicht statthaft. — Ebenfalls soll dem Antrage Kolberg statgegeben werden: Der Gauvorstand hat mit möglichst allen Gaue in Verbindung zu treten betr. Ueberschluß von Gegenseitigkeitsverträgen in der Frage: Zutritt zur Arbeitslosen-Unterstützung. — § 27 des Statutes soll in seinem ersten Teile lauten: In den Jahren, wo Ordentliche Generalversammlungen des Verbandes abgehalten werden, hat ein Gantag stattzufinden. Es ist dem Gauvorstande im Einverständnis mit den Bezirksvorständen überlassen, denselben vor oder nach derselben einzuberufen. — Für die Vertretung auf dem Gantage (§ 28) wird mit 22 gegen 14 Stimmen beschloffen: Auf je 30 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen, wobei überschüssige 20 für voll zählen. — Die vom Brandenburger Ortsvereine beantragte Festlegung der Höhe der Diäten im § 31 wurde durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt, vielmehr der Antrag der Diätenkommission angenommen: Für Einheimische 6 Mk., für Auswärtige 8 Mk., sowie für jedes notwendige Uebernahmungs 3 Mk. zu gewähren; Reisegeld wurde nach den gehaltenen Auslagen vergütet resp. Rückfahrkarte dritter Klasse. Gleichzeitig gab die Kommission bekannt, daß die eingegangenen Anträge sämtlich in Ordnung und Beschwerden nicht eingegangen

seien. — Eine lange, teilweise sehr lebhafte Debatte entspann sich bei dem Punkte: Besprechung über die diesjährige Tarifbewegung. Alle Redner waren einig in der Meinung, daß der gewählte Zeitpunkt zu einer Bewegung schlecht geeignet sei, auch wurde gewünscht, daß künftig den einzelnen Gau- und Bezirksvorständen resp. Mitgliedschaften etwa mehr Aktionsfreiheit gelassen werde. Eiffer wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß der Hauptvorstand sich nur von großen Gesichtspunkten habe leiten lassen. Eine ausführliche Berichterstattung hierüber erübrigte sich wohl, da die einzelnen Delegierten in den betreffenden Orten für die eventuell gewünschte Aufklärung sorgen werden. Bei dieser Gelegenheit wurde ebenfalls das Fehlen eines Vertreters des Berliner Gauvorstandes allseitig lebhaft beklagt. — Beim Hauptvorstande soll beantragt werden, die Kosten für Rathenow in Höhe von 53,25 Mk. auf die Hauptkasse zu übernehmen. — Die Remuneration für den Gauvorstand wurde auf insgesamt 500 Mk. erhöht. — In Bezug auf außerordentliche Unterstützungen wurde dem Gauvorstande wie bisher freie Hand gelassen. — Den Ort für den nächsten Gantag soll der Gauvorstand gemeinsam mit den Bezirksvorständen festsetzen. Beim letzten Punkte, Verschiedenes und Verwaltungs-sachen, wurde um pünktliche Einberufung der vom Statistischen Amte ausgegebenen Karten betr. die Arbeitslosenzählung ersucht, auch eine Statistik über das Ueberflutungs-unweiser angeregt, um zur nächsten Generalversammlung Material zu sammeln; auch wurde der Wunsch laut nach einem oder mehreren paritätischen Arbeitsnachweisen in der Provinz Brandenburg, mit welchem Wunsche der betreffende Redner an die Tarifinstitutionen verwiesen wurde. Einige Anfragen wurden zur Zufriedenheit der Betreffenden erledigt und hierauf nach Verlesung und Unterzeichnung des Protokolls, gegen das Einwendungen nicht erhoben wurden, der Gantag um 1/2 10 Uhr mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. — Ein von den Potsdamer Kollegen veranfaßtes gemüthliches Beisammen sein hielt einen Teil der Delegierten noch einige Zeit vereint und sei auch an dieser Stelle der Mitgliedschaft für ihre freundliche Aufnahme bestens gedankt. Ein Begrüßungstelegramm ging vom Ortsvereine Rathenow während der Mittagspause ein und gelangte unter Beifall zur Verlesung.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Am 4. Juni wurde der stellvertretende Prinzipalsvorsitzende im Tarif-Ausschusse und Tarif-Amte der Deutschen Buchdrucker, Herr Hugo Versteine, unter zahlreicher Beteiligung seiner Berufsgenossen zur letzten Ruhestätte geleitet. Zahlreiche Blumenpenden der verschiedensten Organisationen, seines Personals und von Freunden, bedeckten den Sarg und füllten die Kapelle des Friedhofes. Einem letzten Wunsche des Verstorbenen entsprechend hielt Herr Kommerzienrat Hagenstein die Trauerrede, mit welcher er ein kurzes Lebensbild des verstorbenen Freundes gab und dessen Igedachte, was derselbe seiner Familie, seinen Kollegen und seinem Berufe gewesen ist. Die Rede schloß mit einem Spruche, den der Verstorbene erst kurze Zeit vor seinem Tode der ältesten Tochter ins Stammbuch geschrieben hatte, und den der Redner in seinem ganzen Inhalte auch auf den Dahingegangenen angewendet wissen wollte, nämlich: „Wirst nie dich überheben, doch auch verzagen nicht, dann hast im ganzen Leben erfüllt du deine Pflicht!“

**Blasewitz.** Im Februar d. J. erregte die Verhaftung des Begründers der „Eilgau-Presse“ und der „Zukunft. Reise- und Wäberzeitung“, des Herrn Alwin Arnold, großes Aufsehen in den weitesten Kreisen. Gegen Herrn Arnold war auf Betreiben seines Geschäftsgenossen Herrn Meyer die Untersuchung wegen Betrugs und Unterschlagung eingeleitet worden. Laut Beschluß des Königl. Landgerichtes zu Dresden vom 29. Mai 1903 ist nun auf Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft Herr Alwin Arnold außer Verfolgung gesetzt worden, weil die erhobenen Beschuldigungen sich als unbegründet erwiesen haben.

**Breslau.** Am 28. Mai hielt der Breslauer Buchdrucker-Gesellen-Verein eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Edmund Porck und Bruno Jander seitens der Versammelten durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nachdem der Vorsitzende mitgeteilt, daß aus der Provinz Einwendungen gegen den Gaubericht nicht eingegangen seien, wurde, da auch die Berammlung nichts gegen denselben vorzubringen hatte, dem gesamten Gauvorstande Entlastung erteilt. Sodann wurde als Ort für das Jubiläumfest Hundsfeld, als Tag der 19. Juli bestimmt. Unter Tarifliches erwähnte der Vorsitzende die Mitglieder, bei eventuellem Ausgehen den Beschluß der letzten Generalversammlung zu beachten und machte auf die Bekanntmachung des Zentralvorstandes betr. Erkundigungen vor Konditionsannahme im Auslande aufmerksam. Ferner gab er bekannt, daß durch rechtzeitiges Anrufen des Tarif-Amtes eine Ueberforderung der Lehrlingskassa bei der Firma Michlowitz verhindert worden sei und knüpfte daran die Bitte, etwaige Verstöße gegen den Tarif umgehend zur Kenntniss des Vorstandes zu bringen, da dann ein Einschreiten eher von Erfolg sei. Den streifenden Schulmachern in Pirmaisens sind 35 Mk., den Metallarbeitern in Jierlohn 15 Mk. bewilligt worden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten Schluß der Versammlung.

Fortsetzung in der Beilage.



# Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 66. — Donnerstag den 11. Juni 1903.

## Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

lung. — Anschließend an dieselbe fand eine kleine Gedächtnisfeier statt, da es am Tage der Versammlung gerade 20 Jahre waren, daß unser Verein ins Leben trat. Einige Lieber, vom Gesangsvereine Gutenberg vortragen, eine Ansprache des Vorsitzenden, die sich in der Hauptsache auf die demnächst erscheinende Festschrift stützte, bildeten den Verlauf der Feier, die arrangiert war, um den Tag nicht ganz spurlos vorübergehen zu lassen, da das eigentliche Fest erst am 14. Juni im Schießwerder stattfindet.

**Bimbach i. S.** Eine gelungene Pfingst-Nachfeier veranstaltete am dritten Feiertage der Chef der Druckerei J. R. Ubricht für seine Angestellten und deren Frauen und Kinder, indem er dieselben zu einem gemeinsamen Spaziergange mit darauffolgendem gemütlichen Beisammensein einlud, welcher Einladung auch allerseits freudig entsprochen wurde. Den „Marketenberwagen“ voran, marschierten wir durch den Hohen Hain nach dem schon gelegenen „Wind“ wo sich bald eine sehr animierte Stimmung entwickelte, besonders da für Speise und Trank in bester Weise gesorgt war. Große Heiterkeit verurteilte ein Sternschießen für die kleine Welt sowie eine photographische Aufnahme in corpore. Da inzwischen der Abend herankam, so versetzte sich die ganze Gesellschaft in das Gastzimmer, wo die Feier durch ein solennes Schinkenessen ihren Abschluß fand. Mit einer gemütlichen Abschiedsrede wurde der Tag beschlossen und trennte man sich in dem Bewußtsein, wirklich einige schöne Stunden verbracht zu haben. Herrn Ubricht aber sei auch an dieser Stelle nochmals der herzlichste Dank ausgesprochen. Möge das beiderseitige gute Einvernehmen auch in Zukunft fortbestehen!

**Minden.** Wohl ist es heute das erste Mal, daß Minden in den Spalten des Corr. der Kollegenschaft Deutschlands seine Existenz bekundet. Am 16. Mai feierte Kollege Karl Reimert im Restaurant Zur Aul sein fünfundsingzigjähriges Verbandsjubiläum, zu welchem auf Einladung der hiesigen Kollegen drei Bezirksvorsitzende aus Bielefeld erschienen waren. Kollege Speiser überreichte dem Jubilare in einer Ansprache einen Spazierstock mit Silbergriff und wünschte, daß, wie ihm der Verband bisher eine Stütze gewesen sei und noch sein werde, so solle es auch der Stock sein und ihm auf seinem fernern Lebenswege noch recht lange als ein treuer Begleiter dienen. Redner schloß mit einem Hoch auf den Jubilare. Hierauf beglückwünschte Kollege Mirow-Bielefeld den Jubilare im Namen des Bezirks, berichtete im Anschluß verschiedene aus dem Ratton des Verbandes und brachte zum Schluß die Gründung eines Ortsvereins in Vorschlag. Nach kurzer Aussprache erklärte man sich einverstanden und wurden in den Vorstand gewählt die Kollegen: Rudolf Schirmmeister, Vorsitzender; Max Feste, Schriftführer; Christian Gieseking, Kassierer. Da die Erlebigung der weiteren geschäftlichen Sachen für einen andern Abend vorgezogen wurde, trat nun die Fideleitas in ihr Recht. — So wäre nun auch hier, beim Schmerzenskinder Minden, ein Ortsverein entstanden, um die Aufgabe zu lösen, die dem Verband fernliegender Druckereien für ihn zu gewinnen, in denen die sogenannten „ewigen Konditionen“ in Gesellschaft von wenigem Metallklinge herrschen. Sollen wir das Beste!

**A. R. München.** Taktlos und abgeklärt, mit rein persönlichen Angriffen geschnitten, wurden die beiden letzten Versammlungsberichte des hiesigen Maschinenmeisterklubs der Allgemeinheit unterbreitet. Nicht genug an den schon eroberten Beschuldigungen gegen die Kollegen, verdächtigte man auch noch in ganz unqualifizierter und jeder Grundlage entbehrender Weise den Stuttgarter Arbeitsnachsweis. Die ganze Beschuldigung fällt in ein Nichts zusammen und trägt für den Eingeweihten, in der Nähe betrachtet, einen rein persönlichen Charakter, jedoch will ich in Interesse der Betroffenen auf letzteres nicht weiter eingehen. In letzter Zeit sind teils durch Inszenate, teils durch gegenseitige persönliche Empfehlungen einige Stuttgarter Kollegen in einer größeren Offizin hier eingeworben und wurden dieselben von den übrigen schon länger dort konditionierenden Kollegen mit nicht gerade sympathischen Augen angesehen, weshalb, wie leicht erklärlich, die erwirten sich enger zusammenzuschließen, um auch geschäftlich gegenseitig sich hilfsbereit unter die Arme zu greifen, ohne hierbei in Arbeitsleistung usw. sich im geringsten zu überbieten oder irgendetwas zu verfehlen. Als vollständig unwahr entpuppte sich die Behauptung „von sich selbst anbieten“, nachgewiesen wurde vielmehr, daß, nachdem einfache Plattenformen in größeren Auflagen liefen, die betreffenden Maschinenmeister beordert wurden, einem andern mit Zurückhaltung beschäftigten zu helfen, insofern fällt auch die banale Redensart von „Schwachsicht einzuwirken“ und „sich Kind sein bei der Geschäftsleitung“. Wenn ferner behauptet wurde, die Zustände würden durch die Stuttgarter Kollegen schlechter, so konnten auch für diesen Punkt keine greifbaren Details zu Tage gefördert werden, betont wurde sogar, daß die Zahl der Maschinenmeister sich bedeutend vermehrte und eine Entlastung längere Zeit nicht stattfand, so daß für jede Maschine ein

Maschinenmeister vorhanden, dies sollte doch eher gefördert werden, schon im Allgemeininteresse. Auch die Lohnverhältnisse, die in früheren Jahren manchmal zu wünschen übrig ließen, waren jedenfalls durch die Neueintretenden nicht gedrückt, sondern eher gehoben und mit Recht bemerkte einer der Stuttgarter Kollegen, wenn die Kollegen im allgemeinen ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich an den Mann brächten, wäre derartigen Plänkereien und Geheereten ein gut Teil genommen. — Den letzten Versammlungsbericht illustriert am besten der Ausspruch des Ausschusses auf mein dringendes Verlangen der Zurücknahme der unwahren Behauptungen: „Wir können das nicht, wir blamieren uns vor den Segeerkollegen.“ Also einzig und allein um sich keine Blöße zu geben, war die wohlgemeinte Resolution unannehmbar, insofern man die Kollegen vorher in den Schmutz zog. Alles in allem genommen, dürfte ein derartiges grundloses Herunterreißen von langjährigen Verbandsmitgliedern und derlei abgeklärte Nebenarten und Verdächtigungen, wie die dem Stuttgarter Arbeitsnachsweis gegenüber, in Zukunft zu vermeiden sein, denn solche Dinge tragen wahrlich nicht zur Förderung der Kollegialität bei.

## Rundschau.

Die zweite Jahresversammlung der Gutenberg-Gesellschaft findet Sonntag nach dem Johannisfeste, am 28. Juni 1903, vormittags 11 Uhr, im Stadthause zu Mainz statt mit der durch die Satzung bestimmten regelmäßigen Tagesordnung. Die diesjährige Veröffentlichung der Gutenberg-Gesellschaft (P. Schweine, Abteilungsleiter der königlichen Bibliothek zu Berlin: Die Donat- und Kalendertypen. Nachtrag und Uebersicht; mit zahlreichen Lichtdrucktafeln) wird in der Versammlung aus gegeben und den Mitgliedern der Gesellschaft alsbald danach zugesandt werden. Die Schriften der Gesellschaft werden nur an deren Mitglieder abgegeben (Jahresbeitrag 10 Mk.).

Die Zahl der literarischen Erscheinungen des deutschen Buchhandels betrug nach der Zusammenstellung der Hinrichs'schen Buchhandlung in Leipzig, welche die erschienenen Neuigkeiten regelmäßig registriert und täglich im Buchhändler-Vorläufer sowie in verschiedenen Buchausgaben veröffentlicht, im Jahre 1902 26906 gegen 25331 in 1901. Die erste Stelle nehmen die Schriften über Erziehung, Unterricht, Jugendchriften ein (4050), dann folgen: Schöne Literatur (3808), Theologie (2446), Rechts- und Staatswissenschaft (2189), Heilwissenschaft (1833), Sprach- und Literaturwissenschaft (1757), Handel, Gewerbe und Verkehrsweisen (1727), Erdbeschreibung, Karten (1447), Naturwissenschaften, Mathematik (1301), Wirtschaft (1044) usw.

Der Metallarbeiterverband hielt seine sechste Generalversammlung in Berlin ab. Nach dem gedruckt ausgegebenen Berichte ist die Mitgliederzahl im Vorjahre auf 148842 gestiegen, darunter 3453 weibliche; für Unterföhrungszwecke wurde ausgegeben im Jahre 1900 die Summe von 151351 Mk., dargegeben 477258 Mk. in 1901 und 567604 Mk. in 1902 = 1,62, 4,69 und 4,81 Mk. pro Mitglied. Die Ausgaben für Streikzwecke insbesondere bezieht sich in den beiden letzten Jahren auf 622931 Mark, davon entfallen über zwei Drittel der Aufwendungen auf Abwehrstreiks. Vermögensbestand Ende der Berichtsperiode 702938 Mk. — Die Vorversammlung am 1. Juni war der Begrüßung, der Prüfung der Mandate der 149 Delegierten und der Wirtwahl gewidmet. Die Verhandlungen am 2. Juni begannen mit der einstimmigen Annahme des Vortrages, bis zum 1. Juli von den männlichen Mitgliedern zu gunsten der Ausgesperrten in Ferslohn, an der Unterversehr usw. den doppelten Beitrag zu erheben. Die Versammlung beschäftigte sich dann nahezu zwei Tage mit jener Kleinarbeit, wie sie die Berichte des Vorstandes und Ausschusses mit sich bringen. Es wird da in der Regel ein erheblich Stück Arbeit geleistet, die für den betr. Verband sehr schätzenswert sein mag, für weitere Kreise aus naheliegenden Gründen ein besonderes Interesse aber nicht hat. Die danach behandelte, vom Vorstande vorgeschlagene Erweiterung des Unterföhrungszweckes fand nur geteilte Zustimmung. Es handelte sich um Einführung eines Krankengeldzuschusses, eines Sterbegeldes, einer Beihilfe zu den Umzugskosten und Regelung der Unterföhrung für Gemahregelte, bei Streiks usw. Der Beitrag sollte von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 10 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht werden. Nach längerer Debatte zog der Vorstand den Antrag auf Einführung des Krankengeldzuschusses zurück und schlug eine Umwandlung der Arbeitslosen-Unterföhrung in eine Erwerbslosen-Unterföhrung vor, was schließlich auf dasselbe hinauskommt, auch den vorgeschlagenen Beitrag erfordert haben würde. Der Antrag fand denn auch nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit. Der Beitrag wurde hierauf auf 40 Pf. bezogen, 20 Pf. festgesetzt. Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Referat über Tarifverträge und Tarifgemeinschaften, woran sich eine

Resolution schloß, die für derartige Abmachungen entschieden eintritt; nach kurzer Diskussion wurde dieselbe einstimmig angenommen. Sodann beschäftigte man sich mit dem letzten Gewerkschaftskongresse und der Versicherung der Verbandsbeamten gegen Alter, Invalidität usw. Diese Versicherung wurde zwar im Prinzip gutgeheißen, aber die Mittel verweigert, so daß die betr. Beamten sich mit der prinzipiellen Zustimmung begnügen, im übrigen aber zusehen müssen, wo sie nach getaner Arbeit im Alter verbleiben. Eine hierauf angenommene Resolution befaßte sich mit der Maifeier resp. mit der Unterföhrung der bei dieser Gelegenheit Gemahregelten. Die Statutberatung ging nach der Vorberatung durch eine besondere Kommission schnell von statten. Es ist daraus zu erwähnen, daß in den die Zwecke des Verbandes behandelnden Paragraphen aufgenommen wurde: Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung durch kollektive Arbeitsverträge. Die Gesamtsumme der in einem Jahre zu zahlenden Reise-Unterföhrung (pro Tag 1 Mk.) wurde auf 60 bis 100 Mk. je nach ein- bis fünfjähriger Mitgliedschaft erhöht. Die Arbeitslosen-Unterföhrung wird höchstens bis zu 60 Tagen in 52 aufeinander folgenden Wochen gezahlt und beträgt je nach der Dauer der Mitgliedschaft 6 bis 10 Mk. pro Woche für männliche und 3 bis 5 Mk. für weibliche Mitglieder. Ferner gewährt der Verband auch Umzugskosten im Betrage von 20 bis 40 Mk. Die Unterföhrung bei Wahrgelungen und Streiks beträgt (im ersten Falle nur auf die Dauer von längstens 13 Wochen) 14 Mk. für verheiratete, 12 Mk. für ledige und 7 Mk. für weibliche Mitglieder, außerdem für jedes Kind 1 Mk. Zuschuß, jedoch nicht mehr als 5 Mk. pro Woche. Bei der Wahl zur Generalversammlung haben je 1000 zahlende Mitglieder einen Abgeordneten zu wählen. Nach Wahl des Vorstandes, des Redakteurs, des Vorsitzenden des Ausschusses und Regelung der Anstellung und Beföhrung der Verbandsbeamten und Erlebigung diverser anderer eingegangener Anträge war die Tagesordnung nach sechstägigen Verhandlungen erschöpft.

Die Ärzte haben in ihrem Kampfe gegen die Naturheilkunde, die sie unter dem Sammelbegriff Kurpfuscherei einzubeziehen pflegen, insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als der Reichsfinanzler Erhebungen anstellen läßt über die Ausdehnung dieser Konkurrenz. Es trifft sich gut, daß zu gleicher Zeit in Magdeburg der Bund der deutschen Naturheilvereine eine Versammlung abhielt, zu der 139 Delegierte in Vertretung von 835 Vereinen mit 111887 Mitgliedern sich zusammengefunden hatten. Und noch besser fügte es sich, daß die Versammlung nicht nur die Einrichtung einer Abwehrstelle gegen unberechtigte Einmischung aus gegnerischen Kreisen, sondern auch behufs energischer Bekämpfung der Kurpfuscherei beschloß. Diese Bundesgenossenschaft mag den Ärzten freilich nicht ganz angenehm sein, auch wird die beschlossene Errichtung einer Fachschule für Pfleger und Pflegerinnen (System Naturheilkunde) schwerlich ihren Beifall finden. Aber der Regierung ist hier der Weg gezeigt, der allein als gerecht und im allgemeinen Interesse liegend bezeichnet werden kann: Strenge Unterscheidung zwischen naturgemäßer Heilweise und Kurpfuscherei. So berechtigt der Kampf gegen letztere, die ausschließlich auf Ausbeutung der leidenden Menschheit beruht, ist, so wenig berechtigt und ausschließlos ist der Kampf gegen die naturgemäße Heilweise, die ja in weiter nichts besteht als in Unterföhrung der dem menschlichen Körper innewohnenden Heilkraft. Man sollte bedenken, daß der Arztstand nichts Besseres tun könnte, als sich dieser alten und jetzt wieder modern gewordenen natürlichen Heilmethode anzuschließen. Aber eingewurzelte Vorurteile lassen sich nur langsam beseitigen, die „Mediziner“ sind eben noch nicht ausgestorben. Die Zeit dürfte insofern nicht mehr allzu fern sein, in der eine neue Generation der Ärzte verwunderlich über den Kampf ihrer Vorgänger die Köpfe schütteln wird.

Der Verband der Holzindustriellen ist bekanntlich sofort bei der Hand, wenn es gilt, irgendwelche Forderungen der Arbeiter zurückzuzweisen. Die Auswüchse im Submissionswesen aber scheinen ihn kalt zu lassen und doch wäre eine Beschäftigung mit diesen behufs Einschränkung derselben weit mehr im Interesse des Gewerbes gelegen. So teilt das Organ des genannten Verbandes, „Die Fachzeitung“, ohne jede Kritik die Ergebnisse des Submissionsausschreibens aus Tischlerarbeiten beim Neubau des preussischen Herrenhauses wie folgt mit: Die geringste und höchste Forderung betrug bei Los 1: 6337,65 und 17282 Mk., bei Los 2: 4168 und 10275 Mk., bei Los 3: 10747 und 27557 Mk. Derartige Differenzen deuten auf so ungesunde Zustände im Gewerbe, daß es Wunder nehmen muß, woher solche Unternehmer noch den Mut nehmen, im gegebenen Falle bereit gegen die Arbeiter vorzugehen.

In Straßburg i. E. standen fünf Maurer als Streikföhrer vor Gericht. Sie sollen Arbeitswillige bedroht, ihnen gegenüber auch handgreiflich geworden sein. Zwei der Angeklagten wurden zu je sechs, drei zu je einem Monate Gefängnis verurteilt.

Ausständig sind in Pforzheim 300 Maurer. — Die von neuem entstandenen Differenzen im Klempnergewerbe in Bremen (s. vor. Nummer) sind durch die Schlichtungskommission beigelegt worden. Auch die Zimmerer in Barmen haben sich mit den Unternehmern geeinigt.

Die Galanterieschlosser in Wien mußten 15 Wochen im Streik verharren, ehe ihnen ihre Forderungen: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 18 Kr. Mindestlohn, Bezahlung der Wochenfeiertage usw. bewilligt wurden. — Der Streik der Schneider in Christiana endete im wesentlichen zu Gunsten der Arbeiter, die Löhne wurden durchgängig erhöht. — In Oporto sind 35 000 Weber im Ausstände.

#### Eingänge.

Für Alle Welt, illustrierte Zeitschrift mit der Abtheilung Neueste Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin und Leipzig. Heft 21. — Jährlich erscheinen 28 Hefte à 40 Pf. — Wir erwähnen aus dem reichhaltigen Inhalte den Artikel über die eigenartige Brücke der Welt an den Cabanesehen im Norden Islands. Sie ist 35 Meter lang und besteht aus zwölf großen Stahl-Eisenstücken, welche an ihrem höchsten Punkte von zwei Stahlsäulen gehalten werden. Unmittelbar am Meere zieht sich das sonderbare Bauwerk entlang, vom Winde hin- und hergerüttelt und doch unzerstörbar.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: F. H. Diez, Stuttgart. Nr. 12. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

**Briefkasten.**  
R. in L.: Rückständige Löhne gelten als bevorzugte Forderung. — D. H. in Berlin: Karte kam erst Montag früh hier an, die Aufnahme des Artikels war somit nicht mehr zu verhindern. Bei solch schwerwiegenden Angriffen empfiehlt es sich, von vornherein sich genügend zu informieren. Dann erparst man sich und anderen viel Verdruß! — J. G. in Alcarbe: Derartige Wahrnehmungen müssen Sie dem Gehilfenvertreter Giesecke oder dem Tarif-Amt mitteilen. — M. R. 94: 1,20 Mk. — S. in Berlin: 2,75 Mk. — G. H. in Glogau: 3,50 Mk.

#### Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW. 29, Gnammsloß 5, III.  
**Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.** Die nächste Vorstandssitzung findet Sonnabend den 13. Juni, abends 9 Uhr, im Vereinslokale (A. Hüttmann), Poolstraße 21/22, statt.

**Bezirk Duisburg.** Unsere dritte Bezirksversammlung, verbunden mit dem Johannisfeste, findet am 5. Juli, vormittags, in Wesel statt. Anträge sind bis zum 24. Juni an B. Hülbrind, Aufstraße 17, einzureichen. Tagesordnung und Versammlungslokal wird den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gegeben.

**Ausbach.** Der Seher Friedrich Drettmann aus Bremen, zuletzt hier in Kondition (angeblich nach Bremen gereist), wird hiermit aufgefordert, seine Reste zu begeben, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

**Frankenthal.** Der Drucker Peter Nisbout, geboren in Kresfeld, wird hiermit aufgefordert, hier seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

**Muhrot.** Die Adresse des Vorsitzenden lautet vom 15. Juni ab: Willy Satz, Mühlenstraße 6.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Bad Salzbrunn 1. der Schweizerdegen Karl Freitag, geb. in Kolmar (Pofen) 1885, ausgl. in Salzbrunn 1903; 2. der Seher Wilhelm Kiedel, geb. in Leobschütz 1884, ausgl. das. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — G. Anders in Waldburg (Schlesien), Buchdrucker Domels Erben.

In Dessau der Seher Karl Lehmann, geb. in Alten a. S. 1885, ausgl. das. 1902; war schon Mitglied. — In Torgau der Schweizerdegen Karl Wittig, geb. in Arten a. Ansprut 1884, ausgl. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — Albert Müller in Dessau, Daheimstraße 7.

#### Zeise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

**Konstanz.** Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen Seher Kurt Duander die Reiselegitimation abzunehmen und an Karl Gnirb, Vogelmannstraße 12, zu berichten, worauf dann näherer Bericht folgt. Auf keinen Fall ist demselben eine weitere Legitimation auszustellen.

#### Buchdruckerei

mit Zeitung im bad. Schwarzwe. zu verkaufen. Anzahlung 12 000 Mk. Für Fachmann tadellose Existenz. Näh. u. V. 3762 d. Haasenst. & Vogler, Stuttgart. [234]

**Sofort** ist in Schloßen wegen Krankheit des Besitzers **Druckerei** an m. m. **Glatt, elektr. Betrieb u. Ladungsb. Bill.** zu verk. Off. u. Nr. 247 an d. Geschäftsst. d. Bl. [235]

**Kompagnon** [232] mit 8-10 000 Mk. zur Errichtung einer Buchdruckerei, verbunden mit Zeitungs- und Kalenderverlag sowie Papierhandlung, an konkurrenzlosen Orte Sizils gesucht. Werte Off. erb. an J. Czerny, Merano in Termis. [232]

#### Accept-Kredit Accept-Austausch Bank-Kredit

erhalten **solids Firmen** sofort und in jeder Höhe. **Unbedingte Diskretion.** Werte Offerten unter S. F. 21 an Invalidentank, Leipzig, erbeten. [181]

#### Ein Herr

gleich wo wohnhaft sofort gesucht zum Verkauf von **Zigarren** an Wirte, Händler usw. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Rieck & Co., Hamburg. [235]

#### Tüchtiger und gewandter

**Bohrer** welcher an der Matrizenbohrmaschine eingearbeitet ist, in dauernde, gute Kondition per sofort gesucht. Cravaire, welche Schablonen selbst schneiden können, erhalten den Vorzug. [238] **Schriftgießerei C. B. Holland, Berlin NO, Neue Königstraße 11.**

#### Junger, tüchtiger Accidenz-Seher

selbständig im Entwurf und Satz, im Komplattenschnitt geübt, sucht sofort Kondition. Werte Offerten unter Nr. 233 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Sehr tüchtiger Invertenseher, a. i. Accidenz-, Tab., Wert u. mathem. Satz** sowie im Komplattenschnitt (Mäßer) u. i. d. Lokalberichterstell. bewand., sucht z. 6. Juni in Südd. dauernde Stellung. Beugn. u. Arbeitsproben z. Verfügung. Offerten u. B. 13 postl. Freiburg i. B. erb. [184]

#### Galvanographit

Marke **Gumbrand**, größte Leistungsfähigkeit pro Kilo 4 Mk., bei Postfakti 3,50 Mk. franco Nachnahme. Marke **Wellington**, ausgiebige zweifelhafte Gebrauchsgüte pro Kilo 3 Mk., bei Postfakti 2,75 Mk. fr. Nachnahme. Muster gratis zu Diensten. Herren, welche sich für den Verkauf in importierten Marken interessieren, erbitten Provision. [184] **Georg Maabe, Hamburg, Chemisch-technische Produkte.**

#### 6arb. Buchdr. Wappenpostkarten

1 St. 10 Pf., von 10 St. ab 6 Pf. empfiehlt **Robert Fröh, Pöppingen (Württemberg).** [230]

#### Kehl, KARL VOGT, Kehl

Fachgeschäft für Buch- u. Steindruckereien. Lieferung von **Maschinen aller Art, Utensilien usw.** nur erstklassiger Fabrikate zu Original-Fabrikpreisen. Man bittet um Anfragen. [180]

#### Maschinenmeister, erste Kraft

verb., in jeder Beziehung erfahren und selbständig. Spezialist für **Dreifarben-, Saut- und Illustrationsdruck**, befähigt, einem Personale mittel. Druckerei mit Energie vorzuzusetzen, sucht entsprechende Stelle. Werte Angebote unter Nr. 246 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

#### Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Sonnabend den 27. Juni:

#### Johannis-Feier

in der Neuen Welt, Hasenhaide.

**Einlagkarten à 30 Pf.** sind auf der Verwaltung und bei den Kassaboten zu haben. **Kasse findet nicht statt.** Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Anfang 4 Uhr. [240]

## BRESLAUER BUCHDRUCKER- GEHILFEN-VEREIN. V. D. D. B.

Sonntag, den 14. Juni 1903:

### 30jähr. Stiftungs-Fest

im Etablissement Schliesswerder.

Hierzu ladet alle hiesigen, sowie auswärtigen, besonders alle früher dem Ortsverein angehörende Verbandsmitglieder freundlichst ein

Nähere Auskunft erteilt H. Haertel,  
Friedrichstr. 100 a, II. Der Vorstand.

#### Hamburg-Altona. \* Maschinenmeister-Verein.

Sonnabend den 13. Juni, abds. 9 Uhr, im Vereinslokale bei Herrn **Gytk**, Kaiser Wilhelmstr.:

#### Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Monatsabrechnung; 3. Nachbewilligung verschiedener kleiner Beträge; 4. Technisches; 5. Verschiedenes. — Des fernern wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Liste zum Einzeichnen für die Fahrt nach Celle in der Versammlung aufsteigt.

Sonntag den 14. Juni, abends 6 Uhr, findet ebenfalls im Vereinslokale ein

#### Familien-Abend

statt und ist für gute Unterhaltung usw. bestens gesorgt. — Um recht regen Besuch zu beiden Veranstaltungen ersucht **Der Vorstand.** [220]

#### Ausstellung Hamburg-Altonaischer Buchdruck- Erzeugnisse.

Veranstaltet vom Maschinenmeisterverein in Hamburg-Altona und der Typographischen Gesellschaft Hamburg **Sonntag den 14. Juni**, von 10 Uhr vormitt. bis 2 Uhr nachmittags in **Tütges Etablissement.** **Hierzu ladet freundlichst ein Das Ausstellungs-Komitee.** [192]

#### Zum Johannisfeste Charlottenburg.

erscheint: **Der lustige Typograph.** Johannisfestnachricht vom Mittdirektor Franz Hohl, sechster, mit humoristischem Texte vom Kol. **Fernand Kautz.**

Masch für Klavier einschl. 10 Terte 1 Mk., je weitere 10 Terte 30 Pf. — Zu beziehen durch **J. Holfelder, Treptow b. Berlin** und durch **Kollege Fröh Stewert, Berlin S63, Legninerstraße 5.** [241]

**Offertenbriefe** sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Carr. (Gonrad Giesler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. **Offertenbriefe ohne primäre können nicht befordert werden.** Die Geschäftsstelle des Carr. [241]

#### Flensburg.

Sonnabend, 13. Juni: **Versammlung.** S. D.: 1. Aufnahmegesuch; 2. Johannisfest; 3. Verschiedenes. [231] Vor der Versammlung wegen die **Johannisfestdrucksachen-Entwürfe** zur Entscheidung aus. [231]

#### Ortsverein Grotzsch-Pegau.

Sonntag den 14. Juni

**Johannisfest** verbunden mit der Feier des zweiten **Stiftungsfestes** (Konzert, Theater und Ball), im Saale der **Wiprechtburg**, Anfang 6 Uhr.

Kollegen der umliegenden Druckorte sind hierdurch freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.** [239]

#### Pforzheim.

Sonntag, 13. Juni, abends 8 Uhr, im Bayer. Brauhaus: **Außerordentl. Generalversammlung.** S. D.: 1. Wahl eines ersten Vorsitzenden; 2. Verbandsangelegenheiten; 3. Event. Anträge; 4. Verschiedenes. — Vollzähligen Besuch erwartet **Der Ausschuss.** [243]

#### Plauen i. V.

Sonnabend, 13. Juni, abds. 7/8 Uhr: **Versammlung** im Restaurant zum **Eisberg**. Johannisfest betreffend. **Allezeitiges Erscheinen erwünscht.** [237]

#### Rixdorf-Britz.

Sonntag den 14. Juni, nachmittags 2 Uhr, im **Hollers Restaurant, Bernauerstraße**, Ecke **Thienstraße: Vereinsversammlung.** S. D.: 1. Geschäftliches; 2. Vortrag des Kol. **Fels;** 3. Von **Walburgis** bis **Babel** und **Bibel;** 4. Verschiedenes. — Alle Kollegen, welche in dem Vereine noch nicht angehören, sind willkommen. [236]

#### Todes-Anzeige.

Am Samstagabend verschied nach kurzem Krankenlager infolge Kopfkrose, im Alter von 39 Jahren, der Setzer

#### Robert Richter

aus Weisstein in Schlesien. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. **Ortsverein Dortmund.** [242]

#### Karl Bergtich

aus Breslau im Alter von 26 Jahren an Lungenüberkühlung. Sein biederer Charakter und seine Kollegialität sichern ihm ein ehrendes Andenken. **Bezirk Glogau (V. d. D. B.).**

#### Karl Bergtich.

Am 5. Juni verschied nach kurzem, schwerem Leiden im 27. Lebensjahre unser wertiger Kollege, der Maschinenmeister

#### Karl Bergtich.

Sein biederer Charakter und sein kollegialer Sinn sichern ihm ein ehrendes Andenken. **Mitgliedschaft Neusalz a. O.**

#### Richard Härtel, Leipzig-R.

Kohlgartenstraße 48 **Buchhandlung und Antiquariat** liefert Werke aller Art zu **Ladenpreisen** franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Die Zeitungsbreit.** Kritisch beleuchtet von **Zeitungsbreit.** 60 Pf. **Farbentheorie für Buchdrucker**, von Mäßer. Mit einem 18teiligen Farbentafeln und gegen 1000 Farbennüancen. Geb. 5 Mk.